

Das Bundesamt für Zivilschutz berichtet = L'Office fédéral de la protection civile communique = L'Ufficio federale della protezione civile comunica

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile**

Band (Jahr): **18 (1971)**

Heft 3

PDF erstellt am: **14.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Das Bundesamt
für Zivilschutz
berichtet

L'Office fédéral
de la protection civile
communique

L'Ufficio federale
della protezione civile
comunica

Information *Informazione* Information *Informazione* Information *Informazione*

Ein Abschied . . .

Auf Ende des vergangenen Jahres ist der Chef des Rechtsdienstes unseres Bundesamtes,

Herr Fürsprecher und Notar **J. Martin**,

bei bester körperlicher und geistiger Gesundheit in den wohlverdienten Ruhestand getreten. In seiner Funktion hatte er sehr anspruchsvolle, schwierige und sehr vielfältige Aufgaben zu erfüllen und ein aussergewöhnliches Mass an Arbeit zu leisten. Seine Kompetenz in Fragen des Zivilschutzrechtes war unbestritten und ist auch all-



seits anerkannt worden. Ihm gehört der aufrichtige Dank vorab des Justiz- und Polizeidepartements, der Leitung des Bundesamtes und seiner Amtskollegen sowie weiterer dem Zivilschutz verpflichteter Kreise, die mit ihm beruflich zu tun hatten und sein konzilientes und stets hilfsbereites Wesen zu schätzen wussten.

Herr Fürsprecher Martin ist trotz seiner jahrzehntelangen Tätigkeit im Dienste des Bundes und seines Arbeitsortes in Bern ein echter Walliser geblieben. Aufgewachsen ist er in Monthey, um sich dann an den Kollegien von Aigle und Schwyz auf die Reifeprüfung vorzubereiten. Seinen Studien oblag er an der Universität in Lausanne (Abschluss 1927 mit dem Patent als Notar und 1928 als Fürsprecher). Während der darauffolgenden achtzehn Jahre übte er seinen Beruf als Notar und Advokat in Monthey aus, wobei er u. a. auch Vertreter der Staatsanwaltschaft beim Gericht in St-Maurice war.

Ab 1. Januar 1945 übernahm der jetzt Zurückgetretene den Rechtsdienst der früheren Abteilung für Luftschutz im Eidgenössischen Militärdepartement und später des Bundesamtes für Zivilschutz im Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement. In diesen beiden Stellen hat M. Martin fast an sämtlichen Gesetzesvorlagen, Bundesratsbeschlüssen, EMD-Entscheiden und Bundesbeschlüssen für die Luftschutzbauten, und nicht zuletzt an den beiden

grundlegenden Bundesgesetzen und Verordnungen über den Zivilschutz und die baulichen Massnahmen mitgearbeitet und massgeblich bei Vertragsverhandlungen, Disziplinaentscheiden, Konzeptionsstudien und dergleichen mehr mitgewirkt. Er stellte sich gerne als Rechtsberater in Zivilschutzsachen hauptsächlich den westschweizerischen Kantonen, Gemeinden und Betrieben zur Verfügung, ebenso in verschiedenen Kommissionen des Schweizerischen Bundes für Zivilschutz und der internationalen Organisation für Zivilverteidigung. Er amtierte auch als Vertreter des Bundesamtes für Zivilschutz bei der Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Roten Kreuz und dem IKRK. Im Militärdienst bekleidete Herr Fürsprecher Martin den Rang eines Majors bei der Luftschutztruppe und kommandierte zuletzt das LS Bat 9. Vom Bundesrat ist er überdies als Sekretär der Eidgenössischen Rekurskommission für Zivilschutzangelegenheiten gewählt worden.

Stets reizten ihn seine Aufgaben. Als es zum Beispiel galt, zusammen mit den Spitalbehörden von Pourtalès zu prüfen, ob sich der Gedanke eines unterirdischen Mehrzweckspitals (geschützte Operationsstelle mit Friedensbetrieb) sozusagen als Testfall im Massstab von 1:1 verwirklichen liesse, übernahm er ohne weiteres den Vorsitz der entsprechenden Koordinationsgruppe ad hoc (BZS, Kanton, Gemeinde und Spital). Er erlebte die Genugtung, dass dieser Neubau im vergangenen Jahr dem Betrieb übergeben werden konnte.

In verdankenswerter Weise hat sich M. Martin bereiterklärt, eine Reihe von ihm begonnener Arbeiten zu Ende zu führen, so dass seine jahrzehntelange Zivilschutz Erfahrung dem Bundesamt noch nicht ganz verlorengeht. Unsere herzlichen Wünsche begleiten den Zurückgetretenen auf seinen Pfaden in den sonnigen Herbst.

. . . und eine Begrüssung

Als Nachfolger von Herrn Fürsprecher J. Martin und neuen Chef des Rechtsdienstes des Bundesamtes für Zivilschutz wurde mit Amtsantritt auf den 1. Januar 1971

Herr Dr. iur. **Karl Müller**

ernannt. Herr Müller, geboren 1918, wuchs in Murten auf, durchlief die dortigen Schulen und schloss nach vier Jahren Besuch der französischsprachigen «Ecole supérieure de commerce» in Freiburg mit der Handelsmatura ab. Sein anschliessendes Jurisprudenz-Studium an der Universität Bern beendete er mit dem Doktorexamen «magna cum laude».

Im Sommer 1942 trat er bei der Abteilung für landwirtschaftliche Produktion des Kriegsernährungsamtes in den Bundesdienst ein, um Ende des gleichen Jahres zur Eidgenössischen Polizeiabteilung hinüberzuwechseln, wo er sich insbesondere mit der Betreuung der italienischen

Flüchtlinge befasste. Ende des Krieges trat er in den Bürgerrechtsdienst der gleichen Abteilung über. Von 1956 an war Herr Dr. Müller während dreizehn Jahren als Adjunkt im Sekretariat des Eidgenössischen Justiz-



und Polizeidepartements tätig, wo er auch den Generalsekretär zu vertreten hatte. Ab Juli 1969 arbeitete er als Stellvertreter des Chefs des Rechtsdienstes beim Bundesamt für Zivilschutz, wo er nunmehr seinen in den Ruhestand getretenen Vorgänger ablöst. Wir wünschen Herrn Dr. Müller auch an dieser Stelle viel Glück, Erfolg und Befriedigung in seiner verantwortungsvollen Aufgabe.

Unser Kommentar

Reglement «Erste Hilfe»

Eine bisherige Lücke in den Instruktionsunterlagen für die lebenserhaltenden Sofortmassnahmen füllt das von der Abteilung für Sanität im EMD herausgegebene Reglement 1419.44 «Erste Hilfe» aus. Es dient auch der sanitätsdienstlichen Zivilschutz-Instruktion und kann beim Bundesamt für Zivilschutz bezogen werden. Sein Gebrauch ist für den Laien bestimmt; deshalb ist es knapp und übersichtlich, aber sehr ansprechend gehalten. Mit seiner Hilfe kann jedermann die Handhabung jener einfachen und sofort anzuwendenden Massnahmen kennenlernen, die dazu geeignet sind, Leben zu retten. Wenn man weiss, dass viele Verkehrsunfallopfer durch rechtzeitige und richtige «Erste Hilfe» am Leben erhalten werden könnten, so versteht man auch, dass die Bundesrepublik Deutschland für das Bestehen von Prüfungen für das Führen von Motorfahrzeugen den vorgängigen Besuch eines Kurses für «Erste Hilfe» als gesetzliches Erfordernis eingeführt hat.

Durch die unentgeltliche Abgabe des Reglements «Erste Hilfe» an alle Schutzdienstpflichtigen können weite Kreise unserer Bevölkerung für die praktische Anwendung der lebensrettenden Sofortmassnahmen erreicht und gewonnen werden. Die Besucher von Zivilschutzkursen und Empfänger sollten jedoch die in der Schrift enthaltenen Ratschläge von sich aus befolgen und bei jeder

sich bietenden Gelegenheit anwenden. Nur dann kann das Reglement seinen Zweck erfüllen. Gibt es überhaupt eine schönere und dankbarere Aufgabe als in Unglück geratene Mitmenschen durch überlegtes Handeln und Helfen am Leben erhalten zu können? (Kreisschreiben BZS Nr. 153 vom 8. 4. 70)

Benützung von Alarmzentralen und Kommandoposten der örtlichen Schutzorganisationen durch militärische Stäbe und Einheiten

Auf Grund bestimmter Vorkommnisse in den Jahren 1965/66 sah sich das Bundesamt veranlasst, im Jahre 1967 Weisungen betreffend die Verwendung von Anlagen und Einrichtungen für zivilschutzfremde Zwecke (Kreisschreiben BZS Nr. 56 vom 1. 6. 67) zu erlassen.

Sie scheinen in Vergessenheit geraten zu sein, denn immer wieder kommen Missbräuche vor, indem örtliche Instanzen entgegenkommenderweise das Einverständnis zur Benützung von Alarmzentralen und Kommandoposten durch militärische Stäbe und Einheiten erteilen.

Nichts gegen die Zusammenarbeit, im Gegenteil! Aber hier geht es nicht darum. Es geht um etwas ganz anderes, und da wissen wir uns einig mit den höchsten Armeestellen: Die im WK oder in besonderen Schulen und Kursen dienstleistenden Truppen dürfen nicht daran gewöhnt werden, den einfachsten Weg zu gehen und sich in den Kommandoposten und Alarmzentralen des Zivilschutzes vorübergehend heimisch niederzulassen, etwas, das ihnen im Ernstfall nie möglich sein wird, weil diese Anlagen des Zivilschutzes dann auch vom Zivilschutz benützt und in Betrieb genommen sind. Es hat wirklich keinen Sinn, und den übenden Truppen wird ein schlechter Dienst erwiesen, wenn sie in Anlagen üben und Einrichtungen benützen, die ihnen im Ernstfall nicht zur Verfügung stehen.

Die Benützung von Alarmzentralen der örtlichen Schutzorganisationen sowie von Alarmstellen der selbständigen Kriegsfeuerwehren durch militärische Stäbe und Einheiten, d. h. für zivilschutzfremde Zwecke, ist also nicht zulässig. Militärische Stäbe dürfen Zivilschutz-Kommandoposten (mit Einbezug von Telefonzentralen) nur in Katastrophenfällen verwenden und nur, sofern diese Einrichtungen nicht auch vom Zivilschutz selber benötigt werden. Aus diesen Erwägungen sah sich das BZS kürzlich veranlasst, erneut an die eingangs erwähnten und nach wie vor gültigen Weisungen zu erinnern (Kreisschreiben BZS Nr. 184 vom 25. 11. 70).

Für Sie gelesen

Wasseralarm! — Ein wichtiger Beschluss im Kanton Bern

Am 18. Dezember 1970 hat der Regierungsrat des Kantons Bern einen wichtigen Beschluss in Sachen Wasseralarm gefasst. Man ist nur zu gerne geneigt, in Friedenszeiten, oder solange «nichts passiert» vor möglichen Katastrophengefahren die Augen zu schliessen. Wenn es dann aber doch geschieht — wir erinnern an die verheerenden Fluten von Fréjus in Südfrankreich im Jahre 1959, von Longarone in Italien im Jahre 1963, oder an die

Bombardierung der Möhnetalsperre im Ruhrgebiet während des Zweiten Weltkrieges — sind die Folgen furchtbar. Wir alle wissen, dass in unserem Land zahlreiche Talsperren mit riesigen gestauten Wassermassen bestehen. Wir wissen auch, dass sie nach dem Stand der heutigen Wissenschaft und Technik ausgeführt und dass alle nur denk- und konstruierbaren Sicherungsmassnahmen und -vorrichtungen eingebaut worden sind. Nach menschlichem Ermessen ist die grösstmögliche Sicherheit gewährleistet. Und dennoch... Opfer wären wohl auch bei uns unvermeidlich. Ihre Zahl weitestgehend zu mindern oder am Entstehen zu verhindern ist Aufgabe der zuständigen Behörden und Fachorgane.

Gerade das will der Regierungsrat mit seinem vorsorglichen Beschluss. Gestützt auf eine Konferenz mit den interessierten zivilen und militärischen Stellen ordnete er für das Gebiet des Oberhasli folgendes an:

1. Die Vorbereitung und Durchführung der bei Wasseralarm oder drohender Gefahr vorzukehrenden Massnahmen ist Aufgabe der Gemeinden.

Insbesondere sind folgende Massnahmen zu treffen:

1. 1 Aufklärung der Bevölkerung über das Verhalten bei sich abzeichnender Gefahr oder Auslösung des Wasseralarms.

1. 2 Vorbereitung der Evakuierung

1. 3 Ausarbeitung eines Dispositivs für den Fall der Auslösung des Wasseralarms unter besonderer Berücksichtigung folgender Punkte:

- Schaffung eines Alarmsystems, welches die Bekanntgabe der Gefahr an sämtliche Gefährdeten in kürzester Zeit gewährleistet;
- Festlegung der geeignetsten Fluchtwege, die der Bevölkerung das sofortige Entkommen aus der Gefahrenzone zu jeder Zeit ermöglichen;
- Organisation des raschen Abtransports von Kranken, Gebrechlichen und Kindern an zu bestimmende Zufluchtsorte.

1. 4 Vorbereitungen zur Bekämpfung von Seuchen

1. 5 Bereitstellung von Medikamenten

2. Die Verantwortung für die vorsorglichen und die bei plötzlichem Wasseralarm zu treffenden Massnahmen innerhalb der Gemeinde trägt der Gemeinderat.

3. Gemäss Ziffer 8 des Bundesratsbeschlusses vom 20. März 1968 betreffend Sicherheit der Stauanlagen in Friedenszeiten bieten die Kantone im Falle von Gefahr die Zivilschutzorganisationen gemäss Artikel 4 Absatz 3 des Bundesgesetzes über den Zivilschutz auf und ordnen weitere Massnahmen an wie die Absenkung des gefährdeten Stausees.

Auf Verlangen der Kantonsbehörde bietet die Unterabteilung Territorialdienst ihren Warndienst auf und setzt die Wasseralarmeinrichtungen in Betrieb.

Die Direktion der Kraftwerke Oberhasli AG hat daher dem Regierungsrat und den tangierten Gemeindebehörden sofort zu melden, wenn sich eine drohende Gefahr abzeichnet.

Gemäss Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe b des kantonalen Einführungsgesetzes vom 3. Oktober 1965 über den Zivilschutz sind die Gemeinden befugt, von sich aus bei drohender Gefahr ihre Zivilschutzorganisation aufzubieten.

4. Wir empfehlen den Behörden und der Bevölkerung, besonders für den Kriegsfall die Einrichtung des Telefonrundspruchs, damit Meldungen des Warndienstes der Armee wie Fliegeralarm, Wasseralarm, Strahlenalarm usw. sofort gehört werden können.

5. Den Gemeinden stehen zur Durchführung der Vorbereitungsmassnahmen alle kantonalen und militärischen Stellen beratend und helfend zur Verfügung. Wir empfehlen, diese Stellen durch Vermittlung der kantonalen Militärdirektion zu Besprechungen anzufordern, sobald dies als tunlich erachtet wird.

6. Nach Beendigung der detaillierten Vorbereitungen haben die Gemeinden die Bevölkerung in geeigneter Weise über die getroffenen Massnahmen zu orientieren. Zudem empfehlen wir den Gemeinden die Durchführung von Wasseralarmübungen.

Wichtig für den Zivilschutz sind insbesondere die Artikel 3 und 4, wonach deutlich gesagt wird, dass im Falle von Gefahr die Zivilschutzorganisationen aufgeboten und die Absenkung der Stauseen angeordnet werden können. Den Behörden und der Bevölkerung wird wegen den Meldungen des Warndienstes der Armee die Einrichtung des Telefonrundspruchs besonders empfohlen. Gewiss nicht weniger bedeutungsvoll ist die Empfehlung an die Gemeinden, Wasseralarmübungen durchzuführen.

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass unser Bundesamt vor Jahresfrist einen Instruktionsfilm «Entfesselte Wasser» schuf, der über die Ueberflutungsgefahr und die zu treffenden Massnahmen orientiert. Der Film, der in den übrigen Alpenländern Europas auf grosses Interesse stiess, wird leihweise und kostenlos zur Verfügung gestellt.

Uebrigens: Sobald die revidierte Talsperrenverordnung vom Bundesrat gutgeheissen ist, was demnächst der Fall sein soll und wodurch der Bundesratsbeschluss vom 20. März 1968 hinfällig wird, hat das Bundesamt für Zivilschutz klare Rechtsgrundlagen für die Kostentragung bzw. -teilung und kann mit seinen Alarm-Vorbereitungsmassnahmen wieder weiterfahren.

Anmerkung: Bei Redaktionsschluss erfahren wir, dass der Bundesrat die revidierte Talsperrenverordnung am 10. Februar 1971 gutgeheissen hat. Dadurch ist der Bundesratsbeschluss vom 20. März 1968 betreffend die Sicherheit der Stauanlagen (Wasseralarm in Friedenszeiten) hinfällig geworden. Das Bundesamt für Zivilschutz verfügt nun über klare Rechtsgrundlagen in bezug auf die Zuständigkeiten und Verantwortung sowie für die Kostentragung bzw. -teilung. Es kann nun seine Arbeiten fortsetzen und nächstens die Instruktionen an die Kantone und Gemeinden erteilen.

Zürichs «Totaler Sanitätsdienst»

Der Regierungsrat des Kantons Zürich hat in einer Verordnung vom 9. Juli 1970 eine Grundlage für die Organisation des Sanitätsdienstes im Kriegsfall geschaffen. Man ist bekanntlich sowohl bei den zivilen wie auch bei den militärischen Stellen der Ueberzeugung, dass im Kriegsfall nur ein totaler Sanitätsdienst eine optimale Wirkung haben kann. Das heisst, dass alle vorhandenen Hilfsmittel zusammengefasst werden und allen nichtuniformierten und uniformierten Verletzten in gleicher Weise zu dienen haben. Verletzte sollen möglichst rasch und möglichst an Ort und Stelle behandelt und gepflegt werden können, damit die immer unerwünschten Transporte über grössere Distanzen vermeidbar sind. Dazu bedarf es leistungsfähiger geschützter Anlagen. Alle in der Notlage verfügbaren Aerzte müssen nach den Bedürfnissen gezielt eingesetzt werden können.

(Nach Angaben aus: «Mitteilungsblatt des Amtes für Zivilschutz der Stadt Zürich, Nr. 15, Dezember 1970)

Kommentar BZS: Diese regierungsrätliche Verordnung regelt die Planung auf diesem höchst wichtigen Gebiet der vorsorglichen Massnahmen und hat Schrittmachercharakter...

Wussten Sie schon . . .

● ... dass es ausser dem Stab für Gesamtverteidigung auch einen **Rat** für Gesamtverteidigung gibt? Das ist neu und doch nicht ganz neu. Unter dem Namen «Landesverteidigungsrat» bestand seit 1958 ein ähnliches Gebilde, aber mit anderen Funktionen. In der Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung zum Bundesgesetz über die Leitungsorganisation und den Rat für Gesamtverteidigung vom 30. Oktober 1968 wurde u. a. gesagt, dass der frühere Landesverteidigungsrat «bis anhin nicht in allen Teilen den in ihn gesetzten Erwartungen entsprochen hat». Das sei weniger an der Institution selbst, als vielmehr an dem ihr übertragenen Ziel, an ihrer bisherigen Verwendung und ihrer Zusammensetzung gelegen. Der Landesverteidigungsrat müsse inskünftig von der ihm bis anhin obliegenden Koordinationsaufgabe entbunden werden, die zu erfüllen er seiner Natur nach nicht in der Lage gewesen sei. Auch seine Zusammensetzung sei neu zu regeln, wobei vor allem die Verwaltungsvertreter auszuschneiden hätten; deren Platz sei im Stab für Gesamtverteidigung, wo sie entsprechend ihren Aufgaben eingesetzt würden. Bei der Besprechung des Gesamtverteidigungsstabes wurde bereits dargelegt (siehe Zeitschrift «Zivilschutz» Nr. 2, 1971), wie dieser Forderung nachgekommen worden ist.

Auf Grund der eingangs erwähnten Botschaft des Bundesrates sowie gestützt auf Artikel 85 der Bundesverfassung wurde am 27. Juni 1969 das Bundesgesetz über die Leitungsorganisation und den Rat für Gesamtverteidigung von den eidgenössischen Räten verabschiedet. Am 25. Februar 1970 folgte, sozusagen als Vollziehungsverordnung, der entsprechende Bundesratsbeschluss. Dessen Artikel 8 bestimmt, dass die Ratsmitglieder vom Bundesrat für eine Amtsdauer von vier Jahren ernannt werden.

Welches sind nun die Aufgaben des neuernannten Rates? Das Gesetz gibt darüber Auskunft: Der Rat für Gesamtverteidigung ist ein Konsultativorgan des Bundesrates, bestehend aus Vertretern der Kantone und der verschiedenen Bereiche des nationalen Lebens. Der Rat konstituiert sich selbst. Der Bundesrat regelt lediglich dessen Zusammenarbeit mit der Leitungsorganisation. Zu seinen Hauptobliegenheiten gehört die Prüfung von Fragen der Gesamtverteidigung, die ihm vom Bundesrat oder vom Stab für Gesamtverteidigung vorgelegt oder von ihm selbst aufgegriffen werden. Ferner sind Fragen von grundsätzlicher Bedeutung, welche die Interessen der Kantone berühren, dem Rat ebenfalls vorzulegen. Das Ergebnis seiner Beratungen fasst der Rat in Berichten, Empfehlungen oder Anträgen zusammen.

Als eines der ersten Geschäfte wird er sich im Auftrage des Bundesrates mit der Zivilschutz-Konzeption 1971 zu befassen haben. Nebenbei bemerkt: Der Stab für Gesamtverteidigung hat ihr in seiner Sitzung vom 4. Februar 1971 bereits zugestimmt.

Das Bundesgesetz über die Leitungsorganisation und den Rat für Gesamtverteidigung wurde am 4. Juli 1969 öffentlich bekanntgegeben. Vom Referendumsrecht machte niemand Gebrauch. Der Bundesrat setzte es auf den 1. April 1970 in Kraft. Nachzutragen wäre noch, dass der Direktor der Zentralstelle für Gesamtverteidigung den Sitzungen des Rates beiwohnt und für die Erledigung der Sekretariatsgeschäfte des Rates besorgt ist.

Der Rat für Gesamtverteidigung setzt sich heute wie folgt zusammen: Präsident ist Ständerat Dr. Louis Guisan, Lausanne. Die schweizerischen Frauenorganisationen werden durch Madame Denise Berthoud, Neuenburg, und Frau E. Zimmermann, Mitlödi, vertreten. Die Interessen und Belange des Zivilschutzes vertritt Nationalrat

Prof. Dr. Leo Schürmann, Olten, Präsident des Schweizerischen Bundes für Zivilschutz. Für die Arbeitnehmerorganisationen sitzt Nationalrat E. Bircher, Bern, und für die Arbeitgeber Dr. R. Lang, Zürich, im Rat. Verschiedene Interessengruppen aus zahlreichen Bereichen des nationalen Lebens der Schweiz sind wie nachstehend ausgeführt vertreten: Junge Generation: Dr. H. Christen, St. Gallen, und Dr. P. Riva, Lugano-Paradiso; Gewerbe: Nationalrat R. Etter, Aarwangen; Schweiz. Unteroffiziersverband: M. de Gottardi, Bellinzona; Schweiz. Offiziersgesellschaft: Oberst i. Gst. A. Petitpierre, Lausanne; Militärdirektorenkonferenz: Regierungsrat F. Hauser, Basel; Finanzdirektorenkonferenz: Regierungsrat J. Harder, Salenstein TG; Sanitätsdirektorenkonferenz: Reg. Rat Dr. B. Hunziker, Aarau; Landwirtschaft: Dr. E. Jaggi, Winterthur; Justizdirektorenkonferenz: Reg. Rat Dr. J. Isenschmid, Luzern; Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz: Staatsrat A. Ruffieux, Genf; Wissenschaft: Prof. Dr. M. Kummer, Diemerswil; Kultur: Prof. Dr. R. Ruffieux, Fribourg; Wirtschaft: Nat. Rat R. Suter, Zollikon; Technik: Nat. Rat W. Schmidt, Lenzburg.

Der sprachlichen Gliederung unseres Landes tragen somit 14 Deutschschweizer, 5 Welschschweizer und 2 Tessiner in vollem Umfange Rechnung.

Un départ...

Le chef de notre service juridique,

Maître **Joseph Martin**, avocat et notaire,

a pris à la fin de 1970 une retraite méritée, après avoir accompli pour la Confédération durant 25 ans un grand travail, souvent difficile, et acquis en matière de droit de la protection civile une autorité incontestée. Le Département fédéral de justice et police, la direction de l'Office fédéral de la protection civile, ses collègues et tous ceux qui ont travaillé avec lui et ont apprécié son esprit conciliant, son amabilité et son obligeance, lui adressent des remerciements.



Maître Martin, heureusement, nous fera profiter encore de son expérience, car il a accepté de terminer pour l'office plusieurs tâches qu'il a commencées.

Monsieur Martin a passé sa jeunesse à Monthey. Il prépara sa maturité aux collèges d'Aigle et de Schwytz. Ses études de droit à l'Université de Lausanne furent couronnées en 1927 par la patente de notaire et en 1928 par celle d'avocat. Il dirigea ensuite durant 18 ans une étude d'avocat et de notaire à Monthey et fut représentant du Tribunal de Saint-Maurice.

Et durant ses 25 années de vie bernoise qui suivent, Maître Martin restera valaisan dans l'âme.

Le 1er janvier 1945, il est engagé comme juriste par le service des troupes de protection antiaérienne du Département militaire fédéral et passe plus tard au Département de justice et police à l'Office fédéral de la protection civile. Il collabore ainsi à l'élaboration de presque tous les messages et arrêtés du Conseil fédéral, décisions du DMF et arrêtés fédéraux sur les constructions de protection antiaérienne; il participe à la préparation des lois et ordonnances sur la protection civile et sur les constructions de protection civile et sa contribution est déterminante lors de négociations, de décisions disciplinaires et d'études de conception. Ses connaissances, il les met aussi à la disposition de la Suisse romande, des cantons, des communes et établissements, qui se félicitent d'avoir trouvé en Maître Martin un conseiller juridique en matière de protection civile, comme d'ailleurs l'Union suisse pour la protection des civils et l'Organisation internationale de protection civile, qui ne font jamais appel en vain à son aide. Il représente l'Office fédéral de la protection civile auprès de la Croix-Rouge suisse et auprès du CICR. Officier des troupes de protection aérienne, le major Martin a commandé en dernier lieu le bataillon de PA 9. Enfin, le Conseil Fédéral l'a nommé secrétaire de la commission fédérale de recours en matière de protection civile.

Passionné par son travail, toujours il se charge de nouvelles besognes. Quand il faut examiner si l'on peut agrandir l'Hôpital Pourtalès à Neuchâtel en construisant un hôpital souterrain utilisable en temps de paix mais remplissant les conditions fixées par la loi pour les centres opératoires protégés, Maître Martin accepte la présidence du groupe de coordination ad hoc, où sont représentés l'office fédéral, le canton, la commune et l'hôpital. Cette construction, la première réalisation de ce genre, a été inaugurée l'an passé.

En espérant que Maître Martin nous fera bénéficier encore de sa compétence et qu'il jouira longtemps de sa retraite, nous lui présentons tous nos vœux.

...et des félicitations

et tous nos vœux aussi au successeur de Maître Martin,

Monsieur **Karl Müller**, docteur en droit,

chef du service juridique de l'Office fédéral de la protection civile depuis le 1er janvier 1971.

Monsieur Müller est né en 1918 à Morat, où il a fréquenté l'école primaire. Il passe ensuite quatre années à l'«Ecole supérieure de commerce» à Fribourg où il obtient la maturité commerciale. A la faculté de droit de l'Université de Berne, sa thèse lui vaut la mention «magna cum laude».

Entré au service de la Confédération en été 1942 à la section de la production agricole de l'Office de guerre de l'alimentation, il passe à la fin de la même année à la division de la police, où il doit s'occuper surtout du sort des réfugiés italiens. A la fin du conflit mondial, il

commençait son activité juridique au service de nationalité de la même division. Dès 1956, Monsieur Müller est



adjoint au secrétariat du Département fédéral de justice et police où il fut chargé, à maintes reprises, d'assurer le remplacement du secrétaire général. En juillet 1969, il entre à l'Office fédéral de la protection civile en qualité de remplaçant du chef du service juridique.

Nous souhaitons à Monsieur Müller, Dr en droit, un plein succès et beaucoup de satisfaction dans sa tâche.

Notre commentaire

Règlement «Premiers secours»

Une lacune (qui existait dans les manuels d'instruction traitant des mesures immédiates à appliquer pour sauver des vies humaines) est comblée par le règlement 1419.44 «Premiers secours», édité par le Service de santé du DMF. Ce règlement sert aussi à l'instruction du service sanitaire de la protection civile et peut être retiré à l'Office fédéral de la protection civile. Son usage est destiné au profane; aussi est-il rédigé d'une façon claire et concise, mais très agréable à lire. A l'aide dudit règlement, chacun peut apprendre à se familiariser avec ces mesures simples et immédiatement applicables, propres à sauver des vies. Quand on sait qu'un fort pourcentage de victimes de la circulation routière auraient pu être sauvées si on leur avait prodigué les premiers secours de manière efficace, on comprend aussi que la République fédérale d'Allemagne ait institué, pour les futurs conducteurs de véhicules à moteur, l'obligation légale de suivre un cours de «premiers secours» qui doit précéder l'examen des candidats au permis de conduire.

Grâce à la remise gratuite du règlement «Premiers secours» à toutes les personnes astreintes à servir dans la protection civile, le nombre des secouristes en Suisse augmentera d'une façon réjouissante. Toutefois, les personnes qui ont reçu ce règlement et suivi des cours de la protection civile devraient appliquer spontanément, en toute occasion utile, les conseils donnés par «Premiers secours». C'est ainsi seulement que le règlement atteindra son but. Y a-t-il une tâche plus belle et plus humanitaire que de pouvoir sauver, grâce à une action réfléchie et au secourisme, son prochain victime d'accident?

(Circulaire OFPC, No 153 du 8 avril 1970.)

Par suite de certains incidents survenus pendant les années 1965 et 1966, l'office fédéral s'est vu obligé d'édicter, en 1967, des prescriptions concernant l'usage d'installations et de dispositifs pour des buts étrangers à la protection civile (circulaire OFPC, No 56 du 1er juin 1967).

Ces prescriptions semblent être tombées dans l'oubli; car il se produit toujours des abus, puisque des offices locaux autorisent obligeamment des états-majors et unités militaires à utiliser des postes centraux d'alerte et des postes de commandement.

Rien ne s'oppose à la collaboration, au contraire! Mais, en l'occurrence, il n'est pas question de cela. Il s'agit d'une affaire tout autre et nous nous savons en accord avec les plus hautes autorités de l'armée: les troupes qui accomplissent leur service dans des CR ou dans des écoles ou cours spéciaux n'ont pas le droit de s'habituer à choisir le chemin le plus simple et de s'établir passagèrement comme si elles étaient chez elles dans des postes centraux d'alerte et dans des postes de commandement de la protection civile; d'ailleurs, c'est quelque chose qui ne leur est pas possible en cas de guerre, puisque ces installations-là sont mises en service et utilisées par les organismes de la protection civile. En effet, cela ne rime à rien et c'est rendre un mauvais service aux troupes en exercice que de leur permettre d'accomplir ce dernier en utilisant des installations et dispositifs qui ne sont pas à leur disposition en cas de guerre.

L'usage de postes centraux d'alerte des organismes locaux de la protection civile ainsi que des postes d'alerte des corps indépendants de sapeurs-pompiers de guerre par des états-majors militaires et troupes, c'est-à-dire pour des buts étrangers à la protection civile, n'est donc pas admissible. Des états-majors militaires ont le droit de n'utiliser des postes de commandement de la protection civile (y compris les centraux téléphoniques) que lors de catastrophes et seulement si ces dispositifs ne sont pas employés par la protection civile elle-même. C'est pour ces raisons que l'Office fédéral de la protection civile s'est vu récemment obligé de rappeler, une fois de plus, les prescriptions précitées en vigueur (circulaire OFPC, No 184 du 25 novembre 1970).

L'Union suisse pour la protection des civils

édité le journal «Protection civile». Des exemplaires de cette publication, ainsi que du matériel de documentation peuvent être commandés à des fins de propagande ou d'information au Secrétariat central, à Berne.

Un service spécial d'illustrations et de clichés est en outre à la disposition des personnes intéressées, dans les cantons et les communes.

Secrétariat: Schwarztorstrasse 56, 3007, Berne, tél. 031 25 65 81

Nous avons lu pour vous

«Service sanitaire total» de Zurich

Par une ordonnance du 9 juillet 1970, le Conseil d'Etat du canton de Zurich a créé le fondement de l'organisation du service sanitaire en cas de guerre. Or, ce fait est avéré: les autorités civiles comme les organes militaires sont convaincus qu'en cas de guerre seul un «service sanitaire total» peut aussi avoir une efficacité optimum. Cela revient à dire que toutes les ressources effectives doivent être rassemblées et servir de la même manière à tous les blessés qu'ils soient en uniforme ou non. Les blessés doivent pouvoir être traités et soignés le plus tôt possible sur place, afin d'éviter les transports toujours indésirables sur de grandes distances. A cet effet, il faut des locaux-abris protégés et efficaces. Tous les médecins disponibles en cas de nécessité absolue seront en mesure d'être employés judicieusement.

(D'après les indications du «Bulletin d'information de l'Office de la protection civile de la commune de Zurich», no 15 de décembre 1970.)

Commentaire de l'OFPC: cette ordonnance du Conseil d'Etat règle le programme dans ce domaine de la plus haute importance pour les précautions prises et a un caractère précurseur...

Alerte à l'inondation! — Un important arrêté dans le canton de Berne

Le 18 décembre 1970, le Conseil exécutif du canton de Berne a pris un important arrêté en matière d'alerte à l'inondation. En temps de paix ou tant qu'il ne «se passe rien», on n'est que trop volontiers enclin à fermer les yeux devant des dangers catastrophiques possibles. Toutefois, lorsque le désastre se produit quand même — nous rappelons les flots dévastateurs de Fréjus, dans le Midi de la France, en 1959, de Longarone en Italie en 1963, ou le bombardement du grand barrage de Möhne dans le bassin de la Ruhr pendant la Seconde Guerre mondiale —, les conséquences en sont terribles. Nous savons tous qu'il y a, dans notre pays, de nombreux grands barrages qui retiennent d'énormes masses d'eau. Mais nous savons aussi qu'ils sont exécutés d'après les données de la science et de la technique actuelles et qu'ils ont fait l'objet de toutes les mesures et de tous les dispositifs de sécurité pensables et susceptibles de perfectionnement dans la construction. Autant qu'on peut en juger, la plus grande sécurité possible est assurée. Et pourtant, des victimes seraient certes inévitables également chez nous. En diminuer le nombre dans la plus large mesure possible ou même en empêcher le commencement, tel est le devoir des autorités compétentes et des organes spécialisés.

C'est ce que veut précisément le Conseil exécutif grâce à son arrêté pris à titre de précaution. Vu la conférence des organes civils et militaires intéressés, il a prescrit, pour toute la région du Oberhasli, ce qui suit:

1. La préparation et l'exécution des mesures à prendre en cas d'alerte à l'inondation ou de danger imminent incombent aux communes.

Ces dernières prendront en particulier les mesures suivantes:

1.1 Instruire la population sur la conduite à tenir en cas de danger qui s'annonce ou de déclenchement de l'alerte à l'inondation.

1.2 Préparation de l'évacuation.

1.3 Elaboration d'un dispositif pour le cas du déclenchement de l'alerte à l'inondation, compte tenu surtout des points suivants:

- création d'un système d'alerte qui garantit, dans le plus bref délai, l'annonce du danger à toutes les personnes qui y sont exposées;
- fixation des voies d'évacuation les plus appropriées qui permettent en tout temps à la population de fuir la zone dangereuse;
- organisation d'un rapide transport de malades, d'infirmités et d'enfants dans certains refuges.

1.4 Préparatifs pour la lutte contre les épidémies.

1.5 Préparation de médicaments.

2. La municipalité porte la responsabilité communale des mesures à prendre à titre de précaution et en cas de subite alerte à l'inondation.

3. Conformément au chiffre 8 de l'arrêté du Conseil fédéral du 20 mars 1968 concernant la sécurité des lacs artificiels en temps de paix, les cantons mettent sur pied, en cas de danger, les organismes de la protection civile en vertu de l'article 4, 3e alinéa, de la loi fédérale sur la protection civile et ordonnent d'autres mesures, telles qu'abaissement du niveau dangereux du lac artificiel.

A la demande de l'autorité cantonale, la Subdivision service territorial mobilise son service de préalerte et actionne les dispositifs d'alerte à l'inondation.

La direction des Forces motrices du Oberhasli S.A., doit donc signaler immédiatement au Conseil exécutif et aux communes intéressées le danger imminent qui s'annonce.

En vertu de l'article 9, 2e alinéa, lettre b, de la loi cantonale d'application de la protection civile, les communes sont autorisées à mettre spontanément sur pied les organismes de la protection civile en cas de danger imminent.

4. Nous recommandons aux autorités et à la population, particulièrement pour le cas de guerre, de faire installer la télédiffusion, afin qu'elles puissent entendre tout de suite les avis du service de préalerte de l'armée, telles qu'alerte aux avions, alerte à l'inondation («alarme-eau»), alerte à la radioactivité, etc.

5. Tous les offices cantonaux et organes militaires sont disponibles pour conseiller et assister les communes en vue d'exécuter les mesures préparatoires. Nous vous conseillons de vous adresser à ces offices par l'entremise de la Direction militaire cantonale, dès que l'affaire sera estimée possible.

6. Après finition des préparatifs détaillés, les communes devront convenablement informer la population des mesures prises. De plus, nous recommandons aux communes de faire des exercices d'alerte à l'inondation.

Ce qui importe pour la protection civile, ce sont en particulier les articles 3 et 4: ils précisent qu'en cas de danger les organismes de la protection civile peuvent être mis sur pied et l'abaissement du niveau du lac artificiel sera ordonné. Ils recommandent en particulier aux autorités et à la population de faire installer la télédiffusion en raison des avis du service de préalerte de l'armée. Certes, il n'est pas d'une importance moins grande de recommander aux communes de faire des exercices d'alerte à l'inondation.

Rappelons à cet égard que notre office fédéral a tourné, il y a un an, un film destiné à l'instruction et intitulé «Eaux en furie», qui renseigne sur le danger d'inondation et sur les mesures à prendre. Ce film qui éveille un grand

intérêt dans les autres pays alpins de l'Europe occidentale sera prêté, c'est-à-dire mis gratuitement à la disposition des intéressés.

D'autre part, dès que l'ordonnance révisée sur les grands barrages aura été approuvée par le Conseil fédéral, ce qui devrait être le cas prochainement, et par laquelle l'arrêté du Conseil fédéral du 20 mars 1968 deviendra caduc, l'Office fédéral de la protection civile aura des prescriptions légales claires au sujet des frais à supporter ou à partager et pourra continuer de prendre ses mesures préparatoires relatives au système d'alerte.

Note de la rédaction: à la dernière minute, nous apprenons que le Conseil fédéral a approuvé, le 10 février 1971, l'ordonnance révisée sur les grands barrages. Ainsi l'arrêté du Conseil fédéral du 20 mars 1968 concernant la sécurité des lacs artificiels en temps de paix est devenu caduc. L'Office fédéral de la protection civile disposera donc de prescriptions légales claires au sujet des attributions et responsabilités ainsi que des frais à supporter ou à partager. Il pourra donc poursuivre ses travaux et donner prochainement des instructions aux cantons et aux communes.

Savez-vous déjà ...

● ...qu'en plus de l'état-major de la défense il y a aussi un conseil de la défense? C'est nouveau et pourtant pas entièrement nouveau. Sous les noms de «Conseil de défense nationale», il existait, depuis 1958, un organisme similaire, mais qui avait d'autres fonctions. Dans le message du Conseil fédéral à l'Assemblée fédérale à l'appui d'un projet de loi sur les organes directeurs et le conseil de la défense (du 30 octobre 1968), on précise, entre autres choses, qu'ont été déjà exposées les raisons qui justifiaient le maintien du précédent Conseil de défense nationale, «bien qu'il n'ait pas répondu entièrement à l'attente». Cela est dû moins à l'institution elle-même qu'aux buts qui lui ont été fixés, à l'usage qui en a été fait et à sa composition. A l'avenir, le Conseil de défense nationale doit être déchargé de ses tâches de coordination, que son organisation ne lui a pas permis de remplir. Sa composition doit être revue; en premier lieu, les représentants de l'administration en seront retirés, car ils auront leur place dans l'état-major de la défense, où ils exerceront une fonction conforme à leur tâche. Lors de l'entrevue de l'état-major de défense nationale, on a exposé la manière de faire droit à cette exigence (voir la revue «Protection civile», no 2 de 1971).

Vu ce message du Conseil fédéral et vu l'article 85 de la Constitution fédérale, l'Assemblée fédérale a arrêté, le 27 juin 1969, la loi fédérale sur les organes directeurs et le conseil de la défense. Le 25 février 1970 a suivi, pour ainsi dire comme ordonnance d'exécution, l'arrêté du Conseil fédéral en la matière. L'article 8 de cet arrêté dispose que les membres du Conseil de la défense sont nommés par le Conseil fédéral pour une période administrative de quatre ans.

Quelles sont donc les tâches du conseil nommé récemment? Ladite loi nous donne ces précisions: le Conseil de la défense est l'organe consultatif du Conseil fédéral; il comprend des représentants des cantons et des différents domaines de la vie nationale. Le conseil se constitue lui-même. Le Conseil fédéral désigne les membres du Conseil de la défense et fixe simplement les modalités de sa collaboration avec les organes directeurs. Font partie des attributions principales du Conseil de la défense: l'examen des affaires de la défense que lui soumettent le

Conseil fédéral et l'état-major, ainsi que celles dont il se saisit lui-même. De plus, les affaires de portée fondamentale intéressant les cantons sont présentées au Conseil de la défense qui consigne le résultat de ses délibérations dans des rapports, recommandations ou propositions. Comme l'une des premières affaires, il devra s'occuper, par ordre du Conseil fédéral, de la conception de 1971 de la protection civile. Précisons en passant que l'Etat-major de la défense l'a approuvée dans sa séance du 4 février 1971.

La loi fédérale sur les organes directeurs et le Conseil de la défense a été promulguée le 4 juillet 1969. Personne n'a fait usage du droit de référendum. Le Conseil fédéral a mis la loi en vigueur le 1er avril 1970. Il conviendrait d'ajouter que le directeur de l'Office central de la défense assiste aux séances du conseil et fait exécuter les travaux de secrétariat.

Le Conseil de la défense se compose aujourd'hui des personnalités suivantes: le président est Louis Guisan, de Lausanne, conseiller aux Etats. Me Denise Berthoud, Dr en droit, avocate, de Neuchâtel, et Madame E. Zimmermann, de Mitlödi, représentent les Associations féminines suisses. Monsieur Leo Schürmann, professeur, Dr en droit, conseiller national, d'Olten, président de l'Union suisse pour la protection des civils, défend les droits et intérêts de la protection civile. Le conseiller national E. Bircher, de Berne, pour les associations de salariés, et Monsieur R. Lang, Dr en droit, de Zurich, pour les employeurs, siègent au Conseil de la défense. Divers groupes d'intérêts dans de nombreux domaines de la vie nationale de la Suisse, désignés ci-après, sont représentés: jeune génération: H. Christen, Dr, de Saint-Gall, et P. Riva, Dr, de Lugano-Paradiso; arts et métiers: le conseiller national R. Etter, d'Aarwangen; Société suisse des sous-officiers: M. de Gottardi, de Bellinzone; Société suisse des officiers: colonel EMG A. Petitpierre, de Lausanne; Conférence des directeurs militaires: conseiller d'Etat F. Hauser, de Bâle; Conférence des directeurs des finances: conseiller d'Etat J. Harder, de Salenstein TG; Conférence des directeurs des services de santé: conseiller d'Etat B. Hunziker, Dr, d'Aarau; agriculture: Dr. E. Jaggi, de Winterthour; Conférence des directeurs de justice, conseiller d'Etat J. Isenschmid, de Lucerne; Conférence des directeurs de l'économie publique: conseiller d'Etat A. Ruffieux, de Genève; science: professeur Dr M. Kummer, de Diemerswil; culture: professeur R. Ruffieux, de Fribourg; économie: conseiller national R. Sutter, de Zollikon; technique: conseiller national W. Schmidt, de Lenzbourg.

Notre pays tient complètement compte de sa diversité des langues: 14 Suisses alémaniques, 5 Romands et 2 Tessinois.

Un commiato...

Con la fine dello scorso anno, il capo del servizio giuridico del nostro Ufficio federale

signor avvocato e notaio **J. Martin**

è passato a ben meritata quiescenza ancorchè in florida salute fisica e intellettuale. Nell'espletamento delle sue funzioni, il sig. avv. Martin era chiamato a svolgere compiti molto intricati e dissimili, comportanti un'inabituale mole di lavoro e di responsabilità. La sua competenza nelle questioni legali di protezione civile era incontestata e universalmente riconosciuta. Vada a lui il sincero ringraziamento, innanzitutto del Dipartimento federale di giustizia e polizia, poi della direzione dell'Ufficio federale e

dei suoi colleghi d'ufficio, nonché della vasta cerchia degli astretti alla protezione civile, i quali per ragioni professionali o di servizio ebbero a che fare con lui e poterono apprezzare la sua natura sempre conciliante e cortese.

Nonostante la sua pluridecennale permanenza al servizio della Confederazione, con posto di lavoro a Berna, l'avv. Martin è rimasto uno schietto vallesano. Cresciuto a Monthey, si preparò agli esami di maturità nei collegi



di Aigle e di Svitto. Continuò quindi gli studi all'università di Losanna, coronandoli nel 1927 con la patente di notaio e nel 1928 con quella di avvocato. Durante i diciotto anni seguenti esercitò l'avvocatura e il notariato a Monthey, funzionando tra l'altro anche come rappresentante del Pubblico Ministero presso il tribunale di St-Maurice.

Col primo gennaio 1945, l'avv. Martin fu incaricato del servizio giuridico presso il precedente Servizio della protezione antiaerea del Dipartimento militare federale, per poi passare con le stesse mansioni all'Ufficio federale della protezione civile nel Dipartimento federale di giustizia e polizia. In entrambi i posti, egli ebbe a che fare con quasi tutti i progetti di legge, decreti del Consiglio federale, decisioni del DMF e decreti federali per le costruzioni di protezione antiaerea, e non da ultimo con le due fondamentali leggi ed ordinanze federali sulla protezione civile e sull'edilizia di protezione civile. Inoltre, non gli mancarono le occasioni di cooperare in modo determinante alla negoziazione di contratti, alle decisioni disciplinari, ai lavori concettuali e simili. L'avv. Martin era sempre volentieri a disposizione dei cantoni, dei comuni e degli stabilimenti, specialmente della Svizzera francese, quale consulente giuridico per gli affari attinenti alla protezione civile, come pure nelle diverse commissioni dell'Unione svizzera per la protezione dei civili e dell'Organizzazione internazionale di protezione civile. Egli fu anche delegato dell'Ufficio federale della protezione civile nei lavori di collaborazione con la Croce Rossa svizzera e con il CICR. In servizio militare, l'avv. Martin conseguì il grado di maggiore delle truppe di protezione aerea, comandando per ultimo il Bat. PA 9. Egli fu inoltre nominato dal Consiglio federale membro della Commissione federale di ricorso in materia di protezione civile.

I suoi compiti lo attiravano incessantemente. Per esempio, allorché si trattava di esaminare in un con le autorità ospedaliere di Pourtalès se fosse attuabile l'idea di un ospedale sotterraneo plurivalente (sala operatoria protetta con funzionamento di pace) quale caso sperimentale nella misura, per così dire, di 1 a 1, egli assumeva senz'altro la presidenza del relativo gruppo di coordina-

zione ad hoc (UFPC, cantone, comune e ospedale). Ebbe poi la soddisfazione di assistere alla realizzazione di questa nuova costruzione sanitaria che entrò in esercizio l'anno passato.

L'avv. Martin si è gentilmente profferto di condurre a termine un certo numero di pratiche già da lui avviate, così che la sua lunga esperienza in materia di protezione civile non andrà del tutto persa per l'Ufficio federale. Lo accompagnano i nostri più cordiali auguri di buon proseguimento verso un sempre radioso autunno della sua vita.

...ed un saluto augurale

Quale successore dell'avv. J. Martin e nuovo capo del servizio giuridico dell'Ufficio federale della protezione civile è stato nominato, con entrata in carica al primo gennaio 1971,

il signor dott. in legge **Karl Müller**.

Il sig. dott. Müller, nato nel 1918, è cresciuto a Morat, dove frequentò pure le scuole locali. Dopo 4 anni di studio presso la Scuola superiore di commercio di lingua francese a Friburgo, con maturità commerciale, si iscrisse alla facoltà di giurisprudenza dell'Università di Berna, ivi conseguendo il dottorato in legge col predicato «magna cum laude».

Nell'estate del 1942 entrava al servizio della Confederazione presso la *Divisione della produzione agricola dello*



Ufficio di guerra dei viveri. Alla fine dello stesso anno veniva trasferito alla Divisione federale della polizia, dove ebbe ad occuparsi specialmente dell'assistenza ai rifugiati italiani. Con la fine della guerra, veniva trasferito al Servizio della cittadinanza della stessa Divisione. Dal 1956 in poi, il dott. Müller fu per 13 anni aggiunto presso il Segretariato del Dipartimento federale di giustizia e polizia, ivi sostituendo anche il Segretario generale. Col luglio 1969 egli passò, come sostituto del capo del servizio giuridico, all'Ufficio federale della protezione civile, dove ormai ha dato il cambio al suo predecessore, pensionato per limiti di età.

Auguriamo al dott. Müller, anche da queste pagine, buona fortuna, tanta soddisfazione e molto successo nel suo nuovo impegnativo posto.

Nostro commento

Regolamento «Primi soccorsi»

Il regolamento 1419.44 «Primi soccorsi» edito dal Servizio sanitario del DMF colma indubbiamente una lacuna che ancora esisteva nel campo dell'istruzione sulle misure immediate per salvare la vita. Esso gioverà senz'altro anche all'istruzione sanitaria della protezione civile e può essere ottenuto presso l'Ufficio federale della protezione civile. L'opuscolo in parola, essenzialmente destinato a profani, è redatto in modo chiaro, conciso, e risulta oltre che utile piacevole. Con questo ausilio, ciascuno potrà apprendere le misure più semplici e immediate che sono atte a salvare la vita. Quando si sa come una grande percentuale delle vittime di incidenti stradali potrebbe essere strappata alla morte qualora venissero per tempo prodigati dei primi soccorsi efficaci, si può comprendere come la Repubblica federale tedesca abbia voluto introdurre legalmente l'obbligo di seguire un corso di «Securismo» prima degli esami di licenza per la condotta di un autoveicolo.

Con la distribuzione del regolamento «Primi soccorsi» a tutti gli assoggettati alla protezione civile si poté dunque allargare tra la nostra popolazione la cerchia dei soccorritori e quindi l'applicazione pratica delle misure immediate di salvataggio. I partecipanti ai corsi di protezione civile e i destinatari dovrebbero però veramente seguire i consigli contenuti nel libretto ed applicarli in ogni utile occasione. Solo così il nuovo regolamento potrà raggiungere gli scopi prefissi. Esiste forse compito più bello e più meritevole di quello d'aiutare a mantenere in vita, con un intervento pronto e riflessivo, il proprio simile colpito da infortunio?

(Circolare n. 153 dell'UFPC, dell'8 aprile 1970)

Utilizzazione di centrali d'allarme e di posti di comando degli organismi locali di protezione da parte di stati maggiori e unità militari

A seguito di diversi fatti avvenuti negli anni 1965/66, l'Ufficio federale della protezione civile dovette emanare nel 1967 speciali istruzioni concernenti l'impiego di impianti e dispositivi a scopi estranei alla protezione civile. (Circolare n. 56 dell'UFPC, del primo giugno 1967). Ora sembra che queste istruzioni siano cadute nel dimenticatoio, poichè si costatano ancora sempre degli abusi da parte degli organi locali nell'accordare benevolmente agli stati maggiori ed alle unità militari la facoltà di utilizzare centrali d'allarme e posti di comando della protezione civile.

Non abbiamo nulla contro la collaborazione; tutt'altro! Qui non si tratta però di questo, ma di una ben diversa faccenda a proposito della quale siamo perfettamente d'accordo con le più alte sfere militari. Infatti, le truppe che prestano servizio nei corsi di ripetizione o in scuole e corsi speciali non devono essere abituate alle soluzioni più facili, sistemandosi temporaneamente nelle centrali d'allarme e nei posti di comando della protezione civile che, in caso effettivo, non potrebbero mai utilizzare perchè tali impianti sarebbero allora occupati e messi in azione dalla protezione civile. Non avrebbe dunque alcun senso, anzi nuocerebbe alla truppa, se le si permettesse d'installarsi in impianti e di esercitarsi con dispositivi che in caso reale non si troverebbero mai a sua disposizione.

L'utilizzazione delle centrali d'allarme degli organismi locali di protezione, nonché dei posti d'allarme dei pompieri di guerra indipendenti da parte di stati maggiori ed unità militari, vale a dire a scopi estranei alla protezione civile, non è perciò ammessa. I posti di comando della protezione civile (comprese le centrali telefoniche) possono essere messi a disposizione degli stati maggiori militari solo nei casi di catastrofe ed unicamente quando la protezione civile stessa non li abbisogni. Per queste considerazioni, l'Ufficio federale della protezione civile dovette richiamare le istruzioni sopra menzionate, dichiarandole tuttora in vigore (Circolare n. 184 dell'UFPC, del 25 novembre 1970).

Abbiamo letto per voi

«Servizio sanitario totale» nel Cantone di Zurigo

Il Consiglio di Stato del Cantone di Zurigo ha creato, con sua ordinanza del 9 luglio 1970, la base per l'organizzazione del servizio sanitario totale in caso di guerra. Come è noto, tanto le autorità civili quanto quelle militari sono persuase che in caso di guerra solo un servizio sanitario totale può raggiungere effetti ottimali. Ciò significa che tutti i mezzi di soccorso obiettivamente e localmente disponibili devono essere accomunati per prestare indistintamente la loro opera a qualsiasi ferito, sia che indossino l'uniforme o no. I feriti devono essere trattati e curati nel modo più rapido e, possibilmente, sul posto; ciò anche per evitare ingombranti trasporti sulle grandi distanze. Pertanto, si richiedono all'uopo impianti adeguati e protetti. Tutti i medici disponibili in situazioni emergenziali devono poter essere impiegati secondo le necessità contingenti e gli scopi prefissi.

(Da indicazioni del «Foglio d'informazione dell'ufficio della protezione civile della città di Zurigo», n. 15, dicembre 1970.)

Commento dell'UFPC: Questa ordinanza governamentale regola la pianificazione nel campo oltremodo importante delle misure preventive ed ha carattere pionieristico.

Allarme acqua! — Un'importante decisione del Cantone di Berna

Il 18 dicembre 1970 il Consiglio di Stato del Cantone di Berna ha preso un'importante decisione in materia di allarme acqua. Facilmente si tende, in tempo di pace o finché «non succede nulla», a chiudere gli occhi davanti ad eventuali pericoli di catastrofi. Ma poi, quando succede qualcosa — pensiamo alle raccapriccianti inondazioni del Fréjus nel Sud della Francia nel 1959, di Longarone in Italia nel 1963, oppure al bombardamento dello sbarramento idrico del Möhnetal nel Bacino della Ruhr —, le conseguenze si presentano nel loro più terrifico aspetto. Tutti conosciamo l'esistenza nel nostro Paese di

numerosi bacini d'invaso con ingenti masse d'acqua. Sappiamo anche che gli stessi sono stati concepiti e realizzati conformemente agli ultimi ritrovati della tecnica e della scienza, e che non si è mancato di applicarvi tutte le misure di sicurezza possibili. A giudizio umano, dovrebbe quindi essere garantita la massima sicurezza. Ma... davanti all'imprevisto, anche da noi le vittime sarebbero ineluttabili. E' pertanto compito assillante delle autorità pertinenti e degli organi specializzati di sminuirne quanto più il numero o di precluderle già all'origine. È appunto ciò che il Consiglio di Stato bernese vuol conseguire col suo decreto previdenziale. Basandosi pertanto su una conferenza svoltasi tra gli uffici interessati civili e militari, esso ha ordinato per la regione dell'Oberhasli quanto segue:

1. La preparazione e l'esecuzione delle misure da prendere in caso d'allarme acqua o di pericolo immediato incombono ai comuni.

In special modo sono da prendere le misure seguenti:

1.1 Informazione della popolazione sul contegno da tenere in caso di evidente pericolo di allarme acqua.

1.2 Preparare l'evacuazione.

1.3 Elaborare un dispositivo per il caso di segnalazione dell'allarme acqua, tenendo particolarmente conto dei seguenti punti:

- instaurazione d'un sistema d'allarme che garantisca nel più breve tempo la consapevolezza del pericolo a tutti quelli che potrebbero esserne colpiti;
- determinazione delle vie d'evasione più opportune e in grado di sempre consentire alla popolazione l'immediato abbandono della zona pericolosa;
- organizzazione del rapido trasferimento degli ammalati, degli infermi e dei bambini nei luoghi prestabiliti.

1.4 Preparativi per la lotta contro le epidemie.

1.5 Approntamento dei necessari medicinali.

2. La responsabilità delle misure da prendere preventivamente e in caso d'allarme acqua improvviso, nell'ambito del comune, incombono al consiglio municipale.

3. Conformemente alla cifra 8 della risoluzione del Consiglio federale del 20 marzo 1968 concernente la sicurezza dei bacini d'accumulazione e l'instaurazione d'un sistema d'allarme acqua in tempo di pace, i cantoni mobilitano gli organismi locali di protezione secondo l'articolo 4, capoverso 3 della legge federale sulla protezione civile e ordinano gli ulteriori provvedimenti che si impongono, quale l'abbassamento del bacino minacciato.

Dietro richiesta dell'autorità cantonale, la Sottodivisione servizio territoriale mobilita il suo servizio d'avvertimento e mette in funzione i dispositivi di allarme acqua. La direzione della Centrale elettrica Oberhasli S.A. deve quindi annunciare immediatamente al Consiglio di Stato ed alle autorità comunali interessate quando esista un pericolo imminente.

Giusta l'articolo 9 capoverso 2, lettera b della legge cantonale d'introduzione della protezione civile, del 3 ottobre 1965, i comuni hanno la competenza di mobilitare di propria iniziativa gli organismi locali di protezione in caso di pericolo immediato.

4. Noi raccomandiamo alle autorità ed alla popolazione di installare, specie per il caso di guerra, il radiotelefono, onde poter ricevere subito le segnalazioni del servizio d'avvertimento dell'esercito, come l'allarme aereo, l'allarme acqua, l'allarme radioattivo, ecc.

5. Tutti gli uffici cantonali e militari sono alla disposizione dei comuni per consiglio e aiuto nell'esecuzione delle misure preventive. Consigliamo di rivolgersi a questi uffici per il tramite della Direzione militare cantonale non appena la cosa sia fattibile.

6. Una volta terminati i preparativi dettagliati, i comuni devono informare in modo appropriato la popolazione sulle misure prese. Inoltre, raccomandiamo ai comuni di tenere degli esercizi di allarme acqua.

Importanti per la protezione civile sono soprattutto gli articoli 3 e 4, dove è detto chiaramente che in caso di pericolo si possono mobilitare gli organismi locali di protezione e far abbassare i bacini d'accumulazione. Alle autorità ed alla popolazione viene inoltre raccomandato di installare il radiotelefono per poter ricevere le comunicazioni del servizio d'avvertimento dell'esercito. Non meno importante è certo la raccomandazione fatta ai comuni di eseguire degli esercizi d'allarme.

In questo contesto, ricordiamo che già lo scorso anno il nostro Ufficio federale ha curato, a scopo istruttivo, la produzione del film «Acque scatenate», il quale informa appunto sul pericolo d'inondazione e sulle relative misure da prendere. Il film, che ha incontrato grande interesse anche negli altri paesi alpini europei, è disponibile gratuitamente e a titolo di prestito.

Inoltre: **Non appena la riveduta ordinanza sugli sbarramenti idrici troverà il beneplacito del Consiglio federale**, cosa che dovrebbe avvenire prossimamente, rendendo altresì caduca la risoluzione del Consiglio federale del 20 marzo 1968, l'Ufficio federale della protezione civile sarà in possesso di chiare basi legali per il carico e per la ripartizione delle spese e potrà così proseguire con le sue misure preparatorie d'allarme.

Nota: Apprendiamo all'ultimo momento che il Consiglio federale ha approvato, in data 12 febbraio 1971, l'ordinanza riveduta sugli sbarramenti idrici. Così la risoluzione del Consiglio federale concernente la sicurezza dei bacini d'accumulazione (allarme acqua in tempo di pace) è diventata inoperante. L'Ufficio federale della protezione civile dispone ora di chiare basi legali per quanto riguarda le competenze e la responsabilità, nonché su il carico e la ripartizione delle spese. Esso può dunque proseguire nei suoi lavori e impartire prossimamente ai cantoni e ai comuni le debite istruzioni.

tando dello Stato maggiore della difesa (vedasi «Protezione Civile» n. 2, 1971), come si è poi ottemperato a queste esigenze.

Visto il messaggio sopra citato del Consiglio federale e basandosi sull'articolo 85 della Costituzione federale, venne varata dalle Camere federali in data 27 giugno 1969 la legge federale su gli organi direttivi ed il Consiglio della difesa. Il 25 febbraio 1970 seguiva, per così dire a mo' di regolamento d'attuazione, il corrispondente decreto del Consiglio federale, il cui articolo 8 stabilisce che i membri del Consiglio della difesa vengono nominati dal Consiglio federale per un periodo amministrativo di quattro anni.

Quali sono i compiti del Consiglio di nuova nomina? La legge informa al proposito che il Consiglio della difesa è un organo consultivo del Consiglio federale, comprendente rappresentanti dei cantoni e dei differenti settori della vita nazionale. Il Consiglio si costituisce da sé. Il Consiglio federale definisce unicamente le modalità della collaborazione con l'organismo direttivo della difesa. Tra le sue attribuzioni principali è da annoverare l'esame degli affari della difesa sottopostigli dal Consiglio federale e dallo Stato maggiore, nonché quelli di cui si occupa direttamente. Inoltre, saranno sottoposte al Consiglio della difesa le questioni fondamentali interessanti i cantoni. I risultati dei suoi lavori sono compendati e presentati sotto forma di rapporti, raccomandazioni o proposte. Una delle prime questioni che il Consiglio della difesa dovrà trattare per delega del Consiglio federale sarà quella riguardante la concessione della protezione civile 1971, che il 4 febbraio 1971 ha già incontrato l'adesione dello Stato maggiore della difesa.

La legge federale su gli organi direttivi ed il Consiglio della difesa è stata pubblicata il 4 luglio 1969. Nessuno ha fatto uso del diritto di referendum. Il Consiglio federale ne ha così decretata l'entrata in vigore per il primo aprile 1970. A proposito del Consiglio della difesa, v'è ancora da aggiungere che il direttore dell'Ufficio centrale della difesa assiste alle sue sedute e provvede ai lavori di segreteria.

Il Consiglio della difesa risulta attualmente così composto:

Presidente ne è il dott. Louis Guisan, cons. agli Stati, Losanna. Le organizzazioni femminili svizzere sono rappresentate dalle signore Denise Berthoud, Neuchâtel, e E. Zimmermann, Mitlödi. Gli interessi e i problemi della protezione civile sono tutelati dal cons. naz. prof. dott. Leo Schürmann, Olten, presidente dell'Unione svizzera per la protezione dei civili. Per le organizzazioni dei lavoratori figura il cons. naz. E. Bircher, Berna, e per i datori di lavoro il dott. R. Lang, Zurigo. I vari gruppi d'interesse provenienti dai molti settori della vita nazionale sono così impersonati: la giovane generazione: dott. H. Christen, San Gallo, e dott. Pierfranco Riva, Lugano-Paradiso; arti e mestieri: cons. naz. R. Etter, Aarwangen; società svizzera dei sottufficiali: Marcello de Gottardi, Bellinzona; società svizzera degli ufficiali: Col. SMG. A. Petitpierre, Losanna; conferenza dei direttori militari: cons. di Stato F. Hauser, Basilea; conferenza dei direttori delle finanze: cons. di Stato J. Harder, Salenstein TG; conferenza dei direttori dell'igiene: cons. di Stato dott. B. Hunziker, Aarau; agricoltura: dott. E. Jaggi, Winterthur; conferenza dei direttori della giustizia: cons. di Stato dott. J. Isenschmid, Lucerna; conferenza dei direttori dell'economia: cons. di Stato A. Ruffieux, Ginevra; scienza: prof. dott. M. Kummer, Diemerswil; cultura: prof. R. Ruffieux, Friburgo; economia: cons. naz. R. Suter, Zollikon; tecnica: cons. naz. W. Schmidt, Lenzburg.

Si è tenuto così conto anche della dovuta ripartizione linguistica con 14 svizzeri tedeschi, 5 romandi e 2 ticinesi.

Lo sapevate già...

● ...che, oltre allo Stato maggiore della difesa (integrata), esiste anche un **Consiglio della difesa**? Ciò non è poi tanto nuovo, poichè fin dal 1968 esisteva, sotto la denominazione di «Consiglio di difesa nazionale», un organismo simile sebbene con altre funzioni specifiche. Nel messaggio del Consiglio federale all'Assemblea federale per un disegno di legge su gli organi direttivi e il Consiglio della difesa, del 30 ottobre 1968, si asseriva fra l'altro che i risultati ottenuti dal Consiglio di difesa nazionale «non sono stati conformi alle aspettative». Ciò era dovuto non all'istituzione in se stessa, ma piuttosto agli scopi che le erano stati assegnati, all'uso fattone ed alla sua composizione d'allora. Al Consiglio di difesa nazionale bisognava innanzi tutto togliere quei compiti di coordinamento che la sua organizzazione non gli permetteva di adempire. Pure da rivedere era la sua composizione; i rappresentanti dell'amministrazione dovevano essere ritirati, avendo d'ora in poi sede nello Stato maggiore della difesa, dove avrebbero esercitato una funzione conforme ai compiti loro assegnati. Abbiamo già visto, trat-